

Ausverkauf drückt Preise

Zürcher Index bei 99,5 Prozent

mbm. · Im vergangenen Januar ist das Preisniveau in der Stadt Zürich leicht um 0,5 Prozentpunkte gesunken. Damit liegt der Zürcher Index der Konsumentenpreise, der im Dezember 2010 neu auf die Basis von 100 Punkten gestellt wurde, bei 99,5 Punkten. Die Jahressteigerung zwischen Januar 2010 und Januar 2011 betrug 0,1 Prozent. Wie Statistik Stadt Zürich mitteilt, sorgte hauptsächlich der Ausverkauf für den Rückgang im Januar. In der Hauptgruppe Bekleidung und Schuhe gingen die Preise um 10,1 Prozent zurück, in der Gruppe Freizeit und Kultur wurden Pauschalreisen, Fernsehgeräte und Bücher um durchschnittlich 1,8 Prozent günstiger. Tiefere Preise gab es auch bei Wohn- und Schlafzimmernmöbeln, bei den kleinen elektronischen Haushaltsgeräten, den Nahrungsmitteln, den alkoholfreien Getränken, den Fleisch- und Wurstwaren sowie Früchten und Säften.

Auf der anderen Seite wurden Hotelübernachtungen, Mahlzeiten und Getränke in Restaurants um durchschnittlich 1,5 Prozent, alkoholische Getränke und Tabak um 0,8 Prozent, Treibstoffe und Occasionsautos um 0,6 Prozent, private Krankenversicherungen um 0,5 Prozent, Heizöl um 0,2 Prozent sowie Fest- und Mobilnetztarife um 0,1 Prozent teurer. Mit der Neufestsetzung des Indexes, die wie beim Landesindex alle fünf Jahre vorgenommen wird, ging auch eine Namensänderung einher: Von Juni 1993 bis Ende 2010 hiess der Index noch Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise. Zudem wurden die Erhebungs- und Berechnungsmethoden verbessert und die Zusammensetzung des Warenkorbs leicht angepasst, damit die wirtschaftliche Realität möglichst genau abgebildet werden kann.

Weiterhin setzt sich der Warenkorb aus zwölf Hauptgruppen zusammen. Nicht mehr im Warenkorb vertreten sind Kostüme, Hosenanzüge und Kleider für die Damen, Schafsvossen, Spannteppiche und Tonbandkassetten. Und der Internetzugang wird nicht mehr separat ausgewiesen. Neu im Warenkorb befinden sich dafür der Service für Fahrräder, Ökoheizöl, Elektrofahrräder und Kosmetikleistungen. Statistik Stadt Zürich publiziert seit 1914 einen Index, der die Preise abbildet.

Kanton beseitigt Fristen-Wirrwarr

Anfechtung von Steuerentscheiden

kg. · Häufig ist es nicht, doch es kommt vor: dass Kantonsräte einen Verbesserungsvorschlag machen, der den Einwohnerinnen und Einwohnern direkt zugutekommt und der dann auch noch umgesetzt wird. Den Kantonsräten Julia Gerber Rüegg (sp., Wädenswil), Arnold Suter (svp., Kilchberg) und Thomas Wirth (glp., Hombrechtikon) ist dieses Kunststück gelungen. Sie haben mit einem Vorstoss erreicht, dass ab Mitte dieses Jahres alle Steuerpflichtigen die Einschätzung für die Staats- und Gemeindesteuern gleichzeitig mit der Veranlagung für die direkte Bundessteuer erhalten. Bisher war das nicht der Fall, was zu Missverständnissen führte: Steuerpflichtige, die Einsprache gegen die Einschätzung für die Staats- und Gemeindesteuer erhoben, glaubten, sie hätten auch den Bundessteuer-Einscheid angefochten – und mussten feststellen, dass die Frist bereits abgelaufen war, als sie den Irrtum bemerkten.

Zudem sorgt der Regierungsrat dafür, dass die Fristen bei Einsprachen gegen Staats- und Gemeindesteuer-Einschätzungen und diejenigen für Einsprachen gegen Bundessteuer-Entscheidungen nicht nur gleichzeitig beginnen, sondern auch gleichzeitig enden. Bisher waren sie bei den Gemeinde- und Staatssteuern während der Gerichtsferien (10. Juli bis 20. August, 20. Dezember bis 8. Januar) unterbrochen, bei der Bundessteuer nicht. Auf den 1. Juni wird der Fristenstillstand bei Verfahren in Steuersachen aufgehoben.

Thomas Heiniger – versierter und machtbewusster Sachpolitiker

Der FDP-Regierungsrat koordiniert als Gesundheitsdirektor viele Baustellen

Thomas Heiniger ist seit vier Jahren Regierungsrat. Als Vorsteher der Gesundheitsdirektion musste er vor allem in den vergangenen Monaten zahlreiche grosse Traktanden behandeln.

Reto Scherrer

Thomas Heiniger ist Zürcher. Das mag zwar bei allen Regierungskandidaten der Fall sein, aber keiner verkörpert die andernorts weitverbreiteten Vorurteile gegenüber der Schweizer Wirtschaftsmetropole stärker als der ehemalige Wirtschaftsrechtler. Seit seiner Wahl

Wahlen 2011

Kantons- und Regierungswahlen vom 3. April

in die Regierung 2007 macht er seinen Einfluss als Gesundheitsdirektor für Zürich geltend – etwa im Bereich der hochspezialisierten Medizin.

Studien und Powerplay

Erst zeigte sich der FDP-Regierungsrat nach Amtsantritt gegenüber den anderen Kantonen konziliant und rückte mit dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin von der angestammten Linie der Regierung ab. Experten sollten unter anderem die Grundlagen für den Entscheid erarbeiten, an welchen Standorten in der Schweiz künftig Herzen transplantiert werden können. Ihre Empfehlung lautete: Bern oder allenfalls Bern und Lausanne. Im politischen Beschlussgremium fand sich aber unter den zehn vertretenen Kantonen – wohl angeführt vom Kanton Zürich mit Heiniger – eine Sperrminorität.

Bis Ende 2013 soll nun ein Entscheid gefällt werden. Heiniger wird sich etwas einfallen lassen müssen, um dann die Herztransplantationen in Zürich halten zu können. Denn obgleich die Experten eine Empfehlung abgeben, liegt der Entscheid bei politischen Kräften.

In dieser Episode zeigen sich zwei Merkmale Heinigers: Seine Entschiede und sein Argumentarium fussen auf Studien und Daten; seine Interessen weiss er aber auch mit dem nötigen Powerplay durchzusetzen.

Der beliebte Jurist

Als Jurist ist Heiniger es gewohnt, sich rasch in Dossiers einzuarbeiten. Von allen Seiten wird seine Sachkenntnis gelobt, und in Debatten zeigt sich, dass er Vorlagen bis in die Details kennt – keine Selbstverständlichkeit.

Gezielt und lösungsorientiert versuche er mit seinen Vorlagen die verschiedenen Problemstellungen zu bewältigen, ist zu hören, doch fehle ihm dabei ein übergeordnetes Ziel. Der Jurist Heiniger nimmt sich eines «Falls» an, wie etwa der Spitalplanung 2012, und geht dessen Bearbeitung ohne ideologische Schranken an. Das zeigt sich daran, dass er den Stützungsfonds trotz Protesten liberaler Kreise im Spitalgesetz belies; das zeigt sich aber auch daran, dass Kritik an seiner Amtsführung nicht entlang von Parteilinien laut wird: Noch nie sei ein FDP-Regierungsrat bei den SP-Frauen in der kantonsrätlichen Gesundheitskommission so beliebt gewesen.

ZUR PERSON

rsr. · Der 53-jährige Thomas Heiniger ist in Zürich Wollishofen aufgewachsen. An der Universität Zürich studierte er Rechtswissenschaften. Nach dem Erlangen des Rechtsanwaltspatents 1987 war er bis zur Wahl in die Regierung 2007 als Anwalt tätig. In Adliswil, wo er seit 1980 wohnt, war er während über 20 Jahren Stadtrat, die Mehrzahl davon Stadtpräsident. Zudem sass er ab 1999 für 8 Jahre im Kantonsrat. Heiniger ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder.



Thomas Heiniger ist in den Gesundheitsdossiers sattelfest; die Arbeit daran wird auch nach einer Wiederwahl nicht weniger.

CHRISTOPH RUCKSTUHL UND CHRISTIAN BEUTLER / NZ

Beliebt – oder zumindest nicht unbeliebt – scheint Heiniger auch beim Gesundheitspersonal zu sein. Das ist einerseits auf seine offene und umgängliche Art im direkten Kontakt zurückzuführen, andererseits musste er noch keine tiefgreifenden Sparentscheide treffen. Das hatte seine Amtsvorgängerin übernehmen müssen, und von deren Sparmassnahmen profitieren Spitalwesen und Gesundheitsdirektion bis heute.

So konnte Heiniger die Direktion gezielt verstärken – er umgebe sich mit den richtigen Leuten, ist zu hören –, ohne dass Befürchtungen laut wurden, es werde ein administrativer Wasserkopf geschaffen. Dennoch: Einen Vorgeschmack, was Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich an Protesten auslösen können, hat Heiniger erhalten. Als Beitrag an die Sanierung der Kantonsfinanzen verzichtete er auf eine Erhöhung der Zuwendungen an das Universitätsspital 2011. Dessen Leitung klagte indes nicht zu laut, weiss sie doch genau, dass sie mit Gesundheitsdirektor Heiniger jene unternehmerischen Freiheiten genießt, die vom Gesetz garantiert, von der Politik aber nicht immer respektiert wurden.

Drei Fragen an Thomas Heiniger

Was war Ihr erstes politisches Engagement?

Ich begann ganz klassisch im Wahlbüro Zürich 2.

Welches Problem wird Ihrer Meinung nach von der Zürcher Politik unterschätzt?

Am meisten Sorgen macht mir die schleichende Einschränkung der persönlichen Freiheit durch immer mehr Vorschriften. Wir sind allzu schnell bereit,

Das Jahr 2011 wird für Heiniger nicht nur wegen der anstehenden Wahl ein wichtiges. So wird sich zeigen, ob seine Bemühungen um das neue Pflege- und das neue Spitalgesetz von Erfolg gekrönt sind. Ersteres ist seit Anfang Jahr in Kraft und aufgrund der Bundesvorgaben unter hohem Zeitdruck zustande gekommen. Letzteres muss dieses Jahr – bei ebenfalls knappen Zeitverhältnissen – im Kantonsrat beraten und an der Urne angenommen werden.

Einen kleinen Erfolg konnte Heiniger diese Woche feiern: Das von der Gesundheitsdirektion Zürichs konzipierte Medical Board soll auf Bundesebene Anwendung finden. Diese verwaltungsunabhängige Expertengruppe prüft Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit von medizinischen Behandlungen. Und auch das Bewerbungsverfahren zur Spitalliste ist dabei, ausserkantonal Schule zu machen.

Zürcher Prämienzahler werden aber vor allem profitieren, wenn die Reserven der Krankenkassen den einzelnen Kantonen zugerechnet werden. Die Versicherer sträuben sich zwar, doch Heiniger wird sich dafür einsetzen – als Gesundheitsdirektor und als Zürcher.

auf jeden Missstand mit einer neuen Norm zu reagieren – statt mit konsequenterem Vollzug oder einer gezielten Massnahme.

Wie erholen Sie sich vom politischen Alltag?

Am besten erhole ich mich gemeinsam mit Freunden und mit meiner Familie, in den Bergen und in der Natur, auf Reisen sowie beim Sport – am liebsten in Kombination.

Schneehaufen und Schachteln

Proteste vor dem Zürcher Rathaus

Gewerkschafter haben Schnee vors Zürcher Rathaus karren lassen, die Juso Kartonschachteln: Einfach Transparente in die Höhe halten genügt nicht mehr, um Aufmerksamkeit zu wecken.

Kuno Gurtner

Manch ein Passant staunte über die Szene, die sich am Donnerstagmorgen vor dem Rathaus am Limmatquai abspielte: Zwei Mitarbeiter von Entsorgung und Recycling der Stadt Zürich (ERZ) schaufelten Schnee auf die Landebrücke ihres Transportfahrzeugs. Schnee – und sonst überall apere Trottoirs und Strassen? Tatsächlich war der Schnee nicht vom Himmel gefallen. Die Gewerkschaft VPOD hatte ihn bei einer Kunsteisbahn bestellt und am Mittwochabend auf den Beginn der Gemeinderatssitzung vors Rathaus transportieren lassen.

Zurück an den Absender

«Taufwetter im Zürcher Gemeinderat?» lautete das Motte der Aktion, mit welcher der VPOD gegen die Sparpolitik der bürgerlichen Parteien protestierte. Anderthalb Wochen zuvor hatten die Jungsozialisten (Juso) ein aus Kartonschachteln zusammengebasteltes Riesenpaket vor dem Rathaus deponiert. Es sollte das Sparpaket San10 darstellen, das die Juso symbolisch an die Absender, Regierungs- und Kantonsrat, zurückschickten. Und im Herbst 2009 richteten Demonstranten vor dem Rathaus ein Wohnzimmer ein, um auf die Wohnungsnot aufmerksam zu machen.

Drei Vorteile

Ob die VPOD-Aktionen sich im gewünschten Sinn auswirken, muss sich zeigen – wer balanciert schon gerne über einen Schneehaufen, während er ausgepiffen wird und einen lädierten Knöchel riskiert? Sicher ist aber, dass diese Form des Protests drei Vorteile hat. Erstens ist sie ökonomisch: Man erzielt mit wenig Aufwand viel Aufmerksamkeit, mehr jedenfalls, als wenn ein paar Gewerkschafter Transparente in die Höhe halten. Zweitens wird sie den Verhältnissen vor dem Rathaus gerecht: Für eine richtige Demo ist es dort zu eng. Führt man trotzdem eine durch, verärgert man Unbeteiligte, weil die Trams nicht mehr durch den Limmatquai fahren können. Es ist wohl kein Zufall, dass der Ruf nach einem neuen Rathaus immer von linker Seite kommt. Diese argumentiert zwar mit den Platzverhältnissen im Saal, aber wahrscheinlich hätte sie einfach gerne ein Rathaus mit einem schönen, grossen, für Demonstrationen geeigneten Platz davor.

Der dritte Vorteil ist, dass solche Aktionen meist in geordneten Bahnen verlaufen und ohne unangenehme Folgen für die Veranstalter bleiben. Das war im Herbst 2002 anders. Damals protestierten rund 1000 Personen gegen die Entlassung von Schauspielhausdirektor Christoph Marthaler und nagelten während der Gemeinderatssitzung den Eingang ins Rathaus mit Dachlatten zu. Die Sitzung wurde abgebrochen, die SVP reichte eine Strafanzeige ein. VPOD und Juso dagegen erhalten nicht einmal eine Rechnung fürs Wegräumen von Schnee und Schachteln.

Nächstes Mal Kehrachtsäcke

Nach der Gemeinderatssitzung vom 2. März werden ERZ-Angestellte wohl wieder einen Sondereinsatz leisten; der VPOD hat eine weitere Aktion angekündigt. Darnach geht es laut Gewerkschaftssekretär Duri Beer darum, der Bevölkerung und dem Gemeinderat zu zeigen, dass «eine so gut funktionierende Kehrachtsabfuhr wie in Zürich keine Selbstverständlichkeit ist». Statt über Schneeverstärken werden Gemeinderäte wohl über Züri-Säcke steigen müssen, um ins Rathaus zu gelangen.